

SPD demokratischer pressediens

P/XXXI/92

14. Mai 1976

Fortschritt im Bau- und Bodenrecht

Die Abschöpfung des Planungswertausgleichs ist nicht vom Tisch

Von Karl Ravens MdB
Bundesminister für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau

Seite 1 / 38 Zeilen

Anmerkungen zu einem Arbeitskonflikt

Im grafischen Gewerbe herrscht wieder Arbeitsfriede

Von Egon Lutz MdB
Mitglied des Bundestageausschusses für Arbeit und Sozialordnung

Seite 2 bis 4 / 115 Zeilen

Vorurteil oder Urteil?

Kritik an Sartres Meinhof-Erklärung

Von Dieter Lattmann MdB

Seite 5 / 36 Zeilen

Honecker wird wieder "Generalsekretär"

Vorschau auf den IX. Parteitag der SED

Seite 6 und 7 / 82 Zeilen

Dokumentation des SPD-Pressedienstes

Helmut Schmidt stellt sich vor Herbert Wehner

Seite 8 und 9 / 72 Zeilen

A N N A N G zum SPD-Pressediens

Dr. Hans Apel: "Als Christ in der SPD"

Chefredakteur: Dr. Erhardt Eckerl

5000 Bonn 12, Hausallee 2-10
Postfach: 120 408
Presshaus I, Zimmer 217-224
Telefon: 22 80 37 - 30
Telex: 08 06 846 - 40 ppbn d

Herausgeber und Verleger:

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH
5300 Bonn - Bad Godesberg
Kölnener Straße 108-112, Telefon: 37 66 11

Fortschritt im Bau- und Bodenrecht

Die Abschöpfung des Planungs-Wertausgleichs ist nicht vom Tisch

Von Karl Ravens MdB

Bundesminister für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau

Der Vermittlungsausschuß von Bundestag und Bundesrat hat seine Beratungen über die Novelle zum Bundesbaugesetz mit einem tragfähigen und vertretbaren Ergebnis abgeschlossen. Diese Novelle bringt eine Vielzahl neuer Gesetzesregelungen, die für die künftige Entwicklung unserer Städte und Gemeinden von ganz grundlegender Bedeutung sind.

Es konnte durchgesetzt werden, daß die Bürger künftig verstärkt und frühzeitiger als bisher an der Planung ihrer Gemeinden beteiligt werden. Soweit durch die Planung Härten auftreten, werden die Gemeinden zur Erarbeitung einer Sozialplanung verpflichtet. Das Planungsinstrumentarium der Gemeinden wird entscheidend verbessert und die Voraussetzungen geschaffen, um Fehlnutzungen von Grundstücken zu vermeiden. Den Gemeinden werden die notwendigen Handhaben gegeben, um ihre Planungen auch in die Tat umsetzen zu können. Baugesamt, Modernisierungsgebot, Abbruchgebot, Abbruchgenehmigung und Verbesserung des Enteignungsrechts bieten dafür Gewähr. Dieses neue Planungsinstrumentarium ist von großer bodenrechtlicher Relevanz. Es ist zugleich wesentlich für Erhaltung, Verbesserung und Erneuerung alter Stadtstrukturen. Die Novelle liefert das Rechtsinstrumentarium zur Realisierung des Erhaltungsgedankens im Städtebau, der gerade im abgelaufenen Denkmalschutzjahr eine so entscheidende Rolle gespielt hat.

Mit Befriedigung ist festzustellen, daß es gelungen ist, beim Vorkaufrecht eine Regelung zu finden, die sicherstellt, daß die Gemeinden für ein Grundstück, das sie auf diesem Wege erwerben müssen, nur den allgemeinen Verkehrswert zu zahlen haben. Damit können spekulative Spitzensätze, die am allgemeinen Bodenmarkt nicht honoriert werden würden, abgeschnitten werden.

Nicht erreicht werden konnte der weitere bodenrechtliche Schritt der teilweisen Abschöpfung planungsbedingter Wertsteigerungen bei Grund und Boden. Diese Regelung ist an der ablehnenden Haltung der Opposition gescheitert. Die von der Mehrheit im Bundesrat zunächst vorgeschlagene steuerrechtliche Lösung konnte hierfür kein Ersatz sein. Die angebotene steuerrechtliche Lösung ist im Einkommensteuerrecht wäre kein gangbarer Weg zur Lösung der anstehenden Probleme gewesen.

Das Ergebnis der Beratungen im Vermittlungsausschuß ist das Optimum dessen, was angesichts der Mehrheitsverhältnisse im Bundesrat jetzt erreichbar war. Die Novelle ist auch in der nun vorliegenden Fassung ein wichtiger Fortschritt für ein zukunftsorientiertes Bau- und Bodenrecht. Das Thema der Abschöpfung leistungslöser Bodenwertsteigerungen zugunsten der öffentlichen Hand wird damit jedoch nicht ad acta gelegt. Wir müssen vielmehr alles daran setzen, um diese Frage in der kommenden Legislaturperiode zu lösen.

(-/14.5.1976/ks/ee)

+ + +

Anmerkungen zu einem Arbeitskonflikt

Im grafischen Gewerbe herrscht wieder Arbeitsfriede

Von Egon Lutz MdB

Mitglied des Bundestagsausschusses für Arbeit und Sozialordnung

"Deutschlands schreckliche, zeitungelose Zeit gehört der Vergangenheit an", jubeln die Gazetten. Die Magazin- und Illustriertenmacher schnaufen auf. Den Verlust von einer Ausgabe können sie gerade nicht verschmerzen. Der Arbeitskampf in der Druckindustrie erwies sich als zäh, spektakulär und verletzend. Am Ende setzte sich die alte Kaufmannsweisheit durch, daß alles, was man mit Geld bezahlen könne, noch immer am preiswertesten sei.

Nicht das Ende eines Arbeitskonfliktes soll hier beschrieben werden und nicht der Streikverlauf, sondern einige Fragen sollen erörtert werden, die sich aus dem Arbeitskampf ergaben. So oder ähnlich werden sie sich ohnehin bei jedem Lohnkonflikt wieder stellen.

1/ Ist immer wieder den Druckern der Vorwurf gemacht worden, sie hätten sich mit ihrer Lohnforderung unsolidarisch den anderen Gewerkschaften gegenüber verhalten, die mit 5,4 vH Tarifierhebung in diesem Jahr zufrieden gewesen seien. Dies sei umso unverständlicher, hieß es, als die Drucker ohnehin an der Spitze der Lohnskala stünden. Man vergißt dabei die Laufzeit des Tarifvertrages, die das erste Quartal des Jahres 1977 mit umfaßt, und man übersieht, daß die Drucker nicht mehr "im Stände der Unschuld" mit ihren Tarifkontrahenten verhandelten. Das Beispiel in der Metallindustrie hatte deutlich gemacht, daß eine zurückhaltende Lohnpolitik von den Unternehmern mitnichten mit einer zurückhaltenden Preispolitik beantwortet wurde - im Gegenteil! Die Drucker mußten bei ihren Verhandlungen davon ausgehen, daß die Preispolitik der Autoindustrie und der Ölmultis in anderen Branchen in den nächsten Monaten eifrig nachgeahmt werden wird.

2/ Wer ohnehin zu erwarten gewesen, daß die 5,4 vH der ersten Tarifabschlüsse dieses Jahres keine Richtziffer für das ganze Jahr bleiben würde. Wären es die Drucker nicht gewesen, es wäre zum Konflikt in einer anderen Branche gekommen. Denn die Unternehmen waren fest entschlossen, ihre Position in der Rezessionszeit voll einzusetzen und sich nur durch Kampfmaßnahmen eine Erhöhung der Lohnquote abringen zu lassen.

3/ Wer das Verhältnis der Tarifpartner in der Druckindustrie ohnehin gespannt. 1973 waren die Arbeitgeber durch einen Streik "kalt er-

wischt" worden und sannem seither auf Rache. Mit ihrer Neun-vH-Forderung lieferte die IG Druck und Papier einen willkommenen Vorwand für eine Demonstration der Härte. Die wirtschaftliche Lage, die Stimmung in der Bevölkerung, die offiziellen Meinungen zur Zurückhaltung schienen den Arbeitgebern ideal für ein hartes "Nein" zu sein. Dies erwies sich als Irrtum, und er zeitigte böse Folgen.

4/ Überraschte das Ergebnis der Urabstimmung selbst alte Hasen des Tarifgeschäftes. Eine so hohe Streikbereitschaft hätte man in Rezessionszeiten nicht erwartet. Die "Blitzkrieg-Strategie" der Gewerkschaft verblüffte ebenfalls. "In der Rezession streiken, das gibt's gar nicht", wundernten sich die Experten. Sie wurden eines anderen belehrt.

5/ schlug die geschockte Führungsmannschaft der Druck-Arbeitgeber mit dem Hammer der bundesweiten Ausepparrung zurück. Man hatte gemeint, diese Waffe sei längst im öffentlichen Bewußtsein geächtet und richte sich eher gegen jene, die sie anwenden. Die Zeitungsverlage gerieten denn auch unter den Beschuß der Leser und gaben mehr oder weniger gewundene Rechtfertigungs-erklärungen heraus.

6/ wurden in den nachfolgenden Schlichtungsabemühungen die objektiven Schwierigkeiten der IG Druck und Papier von den Arbeitgebern unterschätzt. Die Ziffer 6 vor dem Komma hatte ihr Eigengewicht bekommen. War es für die Unternehmer eine Prestigefrage, darunter zu bleiben (zumindest optisch), so war es für die Gewerkschaft eine Existenznotwendigkeit, auch optisch etwas vorzeigen zu können. Prozentbruchteile hätten den Arbeitskampf in den Augen der Streikenden im nachhinein als überflüssiges Abenteuer dargestellt.

7/ in der Schlußphase wurde so die Tarifkosmetik zum Politikum. Es fand sich in Gestalt des nordrhein-westfälischen Arbeitsministers Prof. Dr. Friedhelm Farthmann eine Persönlichkeit, die mit nicht ermüdender Geduld zwischen den streitenden Parteien vermittelte. Die Gewerkschaft durchbrach die Schallmauer bisheriger Tarifabschlüsse. Die Arbeitgeber können sagen, daß sie die Belastungen in Grenzen gehalten hätten.

Ende gut - alles gut, seufzt der Leser, der wieder seine gewohnte Morgenlektüre hat. Trotzdem wird bei den Beteiligten die Aufarbeitung dieses Konflikts noch beträchtliche innerorganisatorische Diskussionen nach sich

ziehen. Für die Öffentlichkeit stehen zusätzliche Fragen zur Debatte.

Die erste Frage, ob der Arbeitskampf vermeidbar war, ist relativ leicht zu beantworten. Grundsätzlich ist jeder Konflikt mit einem Kompromiß zu lösen. Nur: Die Partner sind nicht immer frei in ihrem Handeln. Das traf für die Arbeitgeber in der Anfangsphase, für die Gewerkschaft in der Schlussphase zu.

Zweitens ist von einigen Publizisten die Frage einer aus der Verfassung abzuleitenden Informationspflicht aufgeworfen worden. Daraus wurde dann so etwas wie eine angebliche Arbeitspflicht der Drucker gemutmaßt. Das Argument ist kühn und zweischneidig. Würde die Informationspflicht tatsächlich Verfassungsrang haben, wären drei Dinge festzuhalten: Kein Verleger könnte bestimmen, ob, wo und wie ausführlich eine Meldung in der Zeitung zu erscheinen habe. Alles müßte gleichgewichtig abgedruckt werden. Kein Redakteur dürfte den Vorrang einer Information, das Weglassen einer anderen veranlassen. Das alles wäre der Tod der Zeitung. Zudem müßten Organe (welche?) den Vollzug der Informationspflicht sichern. Vergessen wir die Idee. Sie ist nicht schlüssig, und sie ist nicht gut.

Drittens hatten sich Drucker und Setzer während des Arbeitskampfes erdreistet, in zwei Zeitungen zwei Meinungsbeiträge nicht erscheinen zu lassen. Dies hat zu gräßlichen Aufschreien geführt. Von Zensur war die Rede, ein Grundrecht schien in Gefahr zu sein. Dabei übersah man in der Hektik des Konflikts, daß schon die Fragestellung schief war. Allerdings war auch die Aktion der Setzer und Drucker nicht arbeitskampflösig. In Zeiten tariflichen Unfriedens bestimmt die jeweilige Seite den Einsatz der Waffen. Herrscht ein unstabiler Waffenstillstand während der Vermittlungsphasen, täte jeder der Beteiligten gut daran, den unsicheren Frieden nicht zu gefährden. Wird er durch aktive Handlungen der einen Seite gebrochen - und ein engagierter Meinungsbeitrag kann durchaus eine Kampfhandlung sein -, kann darf und wird sich die andere Seite wehren. Allerdings wären die Setzer und Drucker gut beraten gewesen, den Druck der gesamten Zeitung, nicht eines einzelnen Beitrages, zu verweigern. Daß sie dies nicht taten, war ihr Fehler, daß man Öl ins Feuer gegossen hat, der Fehler der anderen Seite. Nüchtern betrachtet war Ausnahmezustand im Tarifstreit. Dabei sollte man's belassen.

Eine große Frage schließlich, ob Streik und Aussperrung adäquate Kampfmittel sind oder nicht, ist durch den Tarifstreit im grafischen Gewerbe wieder virulent geworden. Gelöst ist sie keineswegs. Dies ist nicht nur ein Tummelfeld der Arbeitsrechtler, sondern ein Problem, das sich der Politik stellt. Viele Gründe - und ich meine, die schwergewichtigeren - sprechen für ein gesetzliches Verbot der Aussperrung. Aber dazu findet sich in Bonn derzeit keine Mehrheit. Die Frage wird auf der Tagesordnung bleiben, wenn sie sich nicht allein durch taktische Überlegungen der Arbeitgeberseite erledigt. Negative Erfahrungen mit der Aussperrung hat man eigentlich jetzt genug gemacht; man sollte daher auf der anderen Seite der Barrikade Wirkung und Negativwirkung einer solchen Maßnahme einmal bilanzieren.

Ein Streik ist zu Ende. Die nächsten Arbeitskämpfe sind dann wieder aus der Tagespresse zu erfahren. Streiks gehören zu unserem Verständnis der Tarifautonomie. Daß sie selten sind, ist erfreulich. Wenn sie ausgeschlossen würden, wäre dies der Gesamtentwicklung der Gesellschaft wenig förderlich.
(-/14.5.1976/hgy/e)

+ + +

Vorurteil oder Urteil?

Kritik an Sartres Meinhof-Erklärung

Von Dieter Lattmann MdE

Dürfen Intellektuelle - sofern sie sich selbst treu bleiben wollen! - urteilen, ohne sich ein genaueres Bild zu machen von dem Ereignis oder Zustand, denen ihre Kritik gilt? Wenn Intelligenz unter anderem ein Synonym für Differenzierung ist, kann man dies nur verneinen. Insofern handelt es sich bei Sartres öffentlicher Äußerung zu Ulrike Meinhofs Tod, die 13 weitere französische Schriftsteller und Intellektuelle geteilt haben, um die Proklamation einer politischen Meinung, nicht aber um einen überzeugenden Ausdruck intellektuellen Unterscheidungsvermögens.

Einer Agenturmeldung zufolge soll Sartre seinen "Abscheu vor dem tragischen Ende Ulrike Meinhofs" erklärt und eine Beendigung "der barbarischen Behandlung der übrigen Beschuldigten" gefordert haben. Die Unterzeichner, zu denen auch Simone de Beauvoir und Claude Mauriac gehören, "verbeugen sich vor dem unmenschlichen Leiden, denen die Mitglieder der Gruppe ausgesetzt wurden, die die öffentliche Meinung, getäuscht durch die Regierung der BRD und die internationale Presse, weiterhin hartnäckig die Baader-Meinhof-Bande nennen". "Derartige Polizei- und Justizpraktiken erinnern nur zu stark an die Nazizeit und sind der Regime unwürdig, die demokratisch sein wollen."

In der politischen Motorik solcher Äußerungen steht der Verstand still. Wer wirklich bedenkt, welche Vielzahl psychologischer Momente, schwierigster biographischer Voraussetzungen, versteinerten Enttäuschungen und manischer Übersteigerungen dazu geführt hat, daß der ursprünglich moralische Antrieb einer kleinen extremen Minderheit militant wurde, bis sie Bomben gegen die Demokratie warf und vor Mord nicht mehr zurückschreckte, der wird angesichts des Selbstmordes von Ulrike Meinhof nicht zu ungeheuerlichen Vereinfachungen neigen.

Es ist anzunehmen, daß der Name Ulrike Meinhof in die Geschichte eingeht. Künftige Generationen werden ihn je nach politischem Standort verklärt oder zum Erschrecken mahnend erwähnen. Es ist anzunehmen, daß sich die Meinhof-Legende immer weiter von der Person, wie wir erlebt haben, trennt. In unserer Gegenwart aber, als Betroffene der Auseinandersetzung um den Zustand der deutschen Demokratie und aller Angriffe auf die Meinungsfreiheit, können wir uns den Mangel an Trennschärfe nicht leisten. Gebraucht wird eine Dimension des Urteils aus geistiger Unbestechlichkeit. Denn Vorurteile korrumpieren auch den schöpferischen Intellekt von hohem Niveau. (-/14.5.1976/bgy/e/pr)

+ + +

Honecker wird wieder "Generalsekretär"

Vorschau auf den IX. Parteitag der SED

Der SED-Sekretär Erich Honecker hat alle Rekorde seines Vorgängers Walter Ulbricht geschlagen: Noch nie in der Geschichte der SED war die Propaganda zur Vorbereitung eines Parteitages so groß wie dieses Mal. Die "Volksausprache" zur Vorbereitung des Parteitages nimmt seit Monaten täglich ganze Seiten der SED-Presse in Anspruch. Natürlich war diese "Volksausprache" von der ersten Minute an gelenkt. Dennoch gab es z.B. in der Ostberliner Zeitung "Sonntag" Kritik wegen "zu klein geratener Ideale" im Parteiprogramm. Die "Sächsische Zeitung" in Dresden fertigte Frege über Meinungsfreiheit mit dem Satz ab, diese könne "doch nicht darin bestehen, daß jeder denkt und sagt, was ihm gerade in den Sinn kommt". Als schließlich gar Arbeiter eines Magdeburger Großbetriebes in einem Rundtisch-Gespräch mit der dortigen "Volksstimme" gegen die immer raffinierteren Antriebermethoden mit den Worten meuterten: "Kaum haben wir bei uns eine Methode durchgesetzt, da kommt schon die nächste auf uns zu; muß man wirklich immer wieder neue Methoden einführen?", da griff Honecker persönlich ein: "Wir dürfen die 'Volksausprache' nicht dem Selbstlauf überlassen." Seitdem ist alles kanalisiert.

Problem Nummer eins, das neue Parteiprogramm und das neue Parteistatut, standen ohnehin nur in Funktionärzeitschriften zur Diskussion. Daß die SED sich darin demonstrativ von den stärksten kommunistischen Parteien Westeuropas distanzierte, indem sie, wie es in der "Einheit" hieß, den "Klassencharakter unseres Staates" unterstrich, der sich in der "Form der Diktatur des Proletariats charakterisierte", wurde zwar in der Presse der KP Italiens registriert, hat aber in der DDR selbst keine Diskussionen hervorgerufen. Bemerkenswert waren dagegen Reaktionen der Bevölkerung auf das Fehlen der im alten Programm enthaltenen Beteuerung, daß die SED "unverrückbar an ihrem Ziel der Wiederherstellung der nationalen Einheit Deutschlands festhält". Honecker hat die damit erneut drohende Diskussion über das Deutschsein der Deutschen in der "Deutschen Demokratischen Republik" geschickt mit der Formulierung aufgefangen, daß die Bürger der DDR "deutscher Nationalität", aber Angehörige einer "sozialistischen Nation" seien.

Während im Programmentwurf gegenüber der Bundesrepublik die "Abgrenzung" unterstrichen wird, ist von der "weiteren Annäherung sozialistischer Nationen" die Rede. Der kurz vor Veröffentlichung des Programmentwurfs zwischen der Sowjetunion und der DDR abgeschlossene "Vertrag über Freundschaft, Zusammenarbeit und gegenseitigen Beistand" weist dem Verhältnis zwischen diesen beiden Staaten geradezu Modellcharakter für alle sozialistischen Staaten zu.

Wirtschaftspolitisch dürfte mit dem IX. SED-Parteitag und dem Fünfjahrplan 1976/80 eine neue Etappe eingeleitet werden. Die von Honecker auf dem

letzten Parteitag verkündete Richtlinie, daß "künftig bei der Planung der Produktion und der Versorgung verstärkt der Bedarf der Bevölkerung als eine der entscheidenden Ausgangsgrößen zum Maßstab zu nehmen" sei, ist nach einigen beachtlichen Erfolgen im letzten Fünfjahrplan offenbar wieder auf Eis gelegt worden. Die schlechte Ernte des vergangenen Jahres in der Sowjetunion und der DDR zwang die DDR-Regierung zum Kauf von etwa vier Millionen Tonnen Getreide in den USA; in den Vorjahren waren es etwa eine Million Tonnen gewesen. Zudem fordern die Preissteigerungen für die vor allem aus der Sowjetunion importierten Rohstoffe und ein großes Wohnungsbauprogramm so hohe Subventionen zur Aufrechterhaltung des Verbraucherpreisniveaus, daß Honeckers Leitlinie im neuen Fünfjahrplan nicht verwirklicht werden konnte.

Der Pseudo-"Pluralismus", den die SED mit den Parteien der "Nationalen Front" vorexerziert, funktionierte auch dieses Mal. Unisono haben alle vier nichtkommunistischen Parteien namens ihrer auf insgesamt 340.000 zusammengeschmolzenen Mitgliedschaften sich getreu ihrer "Bündnisverpflichtung" zum Programmwurf der SED bekannt; der CDU-Führer Götting billigte sogar die Formel von der "Diktatur des Proletariats". Bedenken erhoben nur die beiden Kirchen, der ostberliner Bischof Schönherr sogar in sehr deutlicher Form: Falls die Programmformulierungen über Glaubens- und Gewissensfreiheit nicht geändert würden, wäre es "unmöglich", mit den staatlichen Stellen der DDR "vertrauensvoll an die gemeinsame Bewältigung der Aufgaben der Zukunft" zu gehen.

Die SED präsentiert sich auf dem IX. Parteitag in verjüngtem Zustand. Honecker wird sich zwar den antiquierten Titel eines "Generalsekretärs" zulegen, den Ulbricht in der Hochzeit des Stalinismus von 1960 bis 1951 getragen hatte. Aber den Parteiapparat der Zwei-Millionen-Partei hat er durch die Einbeziehung der mit ihm avancierten ehemaligen FDJ-Generation stark verändert. Daß sich unter der viertel Million neuer Mitglieder, die seit dem letzten Parteitag der Partei beigetreten sind, eine zunehmende Anzahl von Opportunisten befindet, geht schon aus den Programmformulierungen über den Kampf gegen "Erscheinungen bürokratischen und herzlosen Verhaltens" und gegen "Egoismus und Raffgier" derer hervor, die sich "auf Kosten der Gesellschaft bereichern" wollen. Einige der Privilegien der "neuen Klasse" - zum Beispiel Westreisen und Autos mit staatlich bezahlten Chauffeuren - wurden schon kurz vor dem Parteitag beschnitten.

Außenpolitisch wird sich der Parteitag kritiklos mit der Sowjetunion solidarisieren und den von ihr ausgehenden Versuch unterstützen, die westeuropäischen kommunistischen Parteien im Namen des "proletarischen Internationalismus" auf die Linie der "Einheit und Geschlossenheit" zurückzuführen. Da aber die Absicht gescheitert ist, den Parteitag nach einer von der SED vorbereiteten und erfolgreich durchgeführten Konferenz der kommunistischen Parteien Europas zu veranstalten, wird die SED, um Kompromißmöglichkeiten nicht zu verbauen, offene Ausfälle gegen die "reformistischen" kommunistischen Parteien Westeuropas vermutlich vermeiden.

Walter Ostert
(-/14.5.1976/ks/ee)

+ + +

Dokumentation des SPD-Pressedienstes

Helmut Schmidt stellt sich vor Herbert Wehner

Der Bundeskanzler und stellv. SPD-Vorsitzende Helmut Schmidt hat in der Bundestagssitzung vom 12. Mai 1976 die Angriffe zurückgewiesen, die Oppositions Sprecher in Reden und Zwischenrufen gegen den SPD-Fraktionsvorsitzenden, Präsidiumsmitglied Herbert Wehner, gerichtet hatten. Wir dokumentieren diesen Teil der Schmidt-Rede (mit Ausnahme der Zwischenrufe und der dazu gegebenen Antworten des Kanzlers).

"Ich hätte mich nicht so scharf ausgedrückt, wenn es gegen Schluß der Rede des Abgeordneten Dr. Dregger nicht eine Passage gegeben hätte, die zwar zunächst nicht im Text enthalten war, die von ihm aber dann ex tempore eingefügt worden ist. Ich meine den im Laufe der Debatte heute nachmittag zum zweitenmal erfolgenden herabsetzenden Angriff auf meinen Kollegen und Freund Herbert Wehner.

Ich spreche jetzt einmal aus meiner 27jährigen Berührung und Freundschaft mit diesem Mann: Ich meine es gibt viele hier in diesem Hause, auch außerhalb der Sozialdemokratischen Partei - ich sehe in diese und in die dritte Richtung in diesem Hause -, die verstehen werden, wenn ich an dieser Stelle einmal auch öffentlich im Deutschen Bundestag sagen möchte, daß ich zu denen gehöre, die Herbert Wehner für seine schier gewaltige Leistung seit den Tagen, da Kurt Schumacher ihn für die Sozialdemokratische Partei in Pflicht nahm, Dank sagen möchte.

Der Kollege Wehner entspricht allerdings kaum dem landläufigen, sagen wir, dem uns durch das deutsche Bildungsbürgertum überlieferten Bild des Humanisten; das will ich einräumen. Aber wer ihn durch drei Jahrzehnte erlebt hat, ob hier im Parlament, ob in der Arbeit in seiner Partei oder in seinem Wahlkreis in Hamburg-Harburg oder im Kreise seiner Freunde, in Betrieben und öffentlichen Versammlungen, der glaubt lange schon zu wissen - ich jedenfalls weiß dies -, was für ihn in der Politik immer das Wichtigste war und was, wie ich glaube, bis zum allerletzten Tag seines öffentlichen Wirkens der eigentliche Antrieb seines Handelns bleiben wird, nämlich das Eintreten für die Ver menschlichung von Gesellschaft und Staat nach all dem, was er erlebt hat.

Er hat eine ganze Menge erlebt. Es ist wahr: Die Wunden sind nicht glatt vernarbt, und er redet auch nicht immer nur freundschaftlich und lei-

es, sondern da gibt es Zornesausbrüche, da gibt es auch Eruptionen. Nachdem nun in den letzten Tagen viele Male Adenauer zitiert worden ist, darf ich ihn in Anspruch nehmen. Er hat sich ja über Wehner öffentlich geäußert - nachlesbar für jeden von Ihnen. Ich denke, daß die Nachdenklichen unter Ihnen, die ihn wirklich beobachtet haben in den letzten Jahren, mir recht geben, wenn ich sage, daß es heutzutage nur noch wenige deutsche Politiker in diesem Parlament gibt, die die Höhen und Tiefen unserer jüngsten deutschen Geschichte so sehr in das eigene Bewußtsein aufgenommen und sich so sehr bemüht haben, die Konsequenzen daraus zu ziehen.

Ich gebe zu, daß er es nicht nur seinen Freunden, sondern auch seinen Kollegen und Gegnern nicht immer leicht macht, zu verstehen, was er meint und worum es ihm geht. Das räume ich gern ein. Jeder von uns hier ist gekennzeichnet durch einen jeweils sehr verschiedenartigen politischen Stil - Debattenstil, Zwischenruferstil, Antworterstil. Das mag so sein. Das gilt mit Sicherheit auch für den Kollegen Wehner. Aber mit derselben Sicherheit, mit der ich Ihnen zustimme, wenn Sie sagen: Er ist nicht nur ein streitbarer Mann, sondern uns ist er manchmal zu streitbar, mit derselben Sicherheit sage ich: Er ist ein unermüdlicher Diener unserer gemeinsamen Sache. Das sollten auch Sie respektieren. Es ist auch Ihr gutes Recht, jedermann in Deutschland und auch meinem Freunde Wehner schwerwiegende politische Irrtümer in seiner Jugend vorzuwerfen. Das dürfen Sie. Sie pervertieren damit zwar das christliche Menschenbild, von dem Sie ausgehen, aber es ist Ihr Recht, so zu handeln. Das kann man Ihnen nicht bestreiten.

Allerdings meine ich: Wenn Sie den jungen Wehner des Jahres 1933, wie Sie es heute nachmittag getan haben, in die Bruderschaft zum Nationalsozialismus gerückt haben, wenn Sie das in der Diktion und in dem Tonfall getan haben, der dabei zu hören war, dann erinnert mich, der ich damals ein Junge und später ein junger Soldat, ein Wehrpflichtiger war, das an Diktion und Töne, wie sie in jener Zeit aus den deutschen Lautsprechern kamen.

Vielleicht gibt es unter den Zwischenrufern jemanden, den ich mit meiner Bitte erreichen kann, einmal zu lesen, was ich, ausdrücklich im Namen meines Freundes Herbert Wehner mitsprechend, am Grabe unseres Kollegen von Gutenberg zum Thema Feind und zum Thema Gegner gesagt habe. Mir liegt daran, daß wir voneinander verstehen, daß wir zwar Gegner, aber eben doch keine Feinde sind und daß wir voneinander nicht in jenem Tone oder in jener Diktion sprechen, die einer benutzt hat, als er sagte, seine Partei werde das deutsche Volk von dieser Regierung befreien, als spräche er von einem vom Feinde besetzten Lande."

(~/14.5.1976/bgy/e/pr)

A N H A N G

Dr. Hans Apel: "Als Christ in der SPD"

Der "Südwestfunk" sendet in seinem dritten Kanal am 16. Mai ab 19 Uhr ein Interview mit dem Bundesfinanzminister und SPD-Vorstandsmitglied Dr. Hans Apel MdB zum Thema "Als Christ in der SPD". Wir veröffentlichen (Sperrfrist beachten) nur wenig gekürzt das Gespräch Dr. Apels mit Dr. Thomas Travaglini.

Frage: Zahlt der Protestant Apel Kirchensteuer?

Antwort: Der Protestant Apel zahlt Kirchensteuer und gar nicht so knapp.

Frage: Halten Sie die Kirchensteuer für eine naturgegebene Tatsache? Sie wissen, es gab mal Programme der SPD, die dieses, grob gesagt, verbieten wollten.

Antwort: Nicht für eine naturgegebene Sache, aber für eine sehr zweckmäßige Sache, denn wenn ich mir andere Finanzierungsformen vorstelle, und die kann man je überall in der Welt finden, dann würden wir, wenn wir den Versuch bei uns starteten, die Kirchen anders finanzieren zu wollen, sicherlich große Schwierigkeiten haben, und der öffentliche Auftrag, den die Kirchen haben, auch die geistige Freiheit, die die Kirchen haben sollen, könnte vielleicht durch andere Finanzierungsformen gefährdet werden. Deswegen bin ich der Meinung, und mit mir meine Partei, daß auf absehbare Zeit das gegenwärtige Finanzierungssystem das richtige ist.

Frage: Sind Sie von Anfang an Christ gewesen, also zwangsgetauft quasi, oder sind Sie erst im Laufe Ihrer Entwicklung zum Christen geworden? Wenn ja, wodurch?

Antwort: Ich bin natürlich zwangsgetauft worden. Damals konnte ich nur durch Schreien, als das Wasser auf den Kopf fiel, mich zur Sache selbst äußern. Wann ich Christ geworden bin, ist ziemlich einfach zu lokalisieren. Mein Vater ist aus dem letzten Krieg zurückgekommen als überzeugter Christ. Wir haben dann leider alleine gelebt, weil meine Mutter sofort nach dem Krieg gestorben ist. Und diese Jahre sehr intensiven Gesprächs mit meinem Vater von 1945 bis 1949 haben mich zum Christen gemacht.

Frage: Haben Sie diesen Entschluß oder wie man das nennen soll gelegentlich Bedauert? Oder haben Sie sich gelegentlich überlegt, ob Sie das wieder rückgängig machen sollten?

Antwort: Bedauert? Nein! Überlegt schon. Aber eigentlich bin ich immer wieder zu dem Ergebnis gekommen, daß mein Christsein mit hilft zu leben. (...)

Frage: Heißt Christentum für Sie auch die peinliche Befolgung der zehn Gebote?

Antwort: Was heißt peinliche Befolgung, ich habe auf dem Kirchentag in Frankfurt im letzten Jahr öffentlich zugegeben, daß ich als Politiker auch manchmal unfair bin und nicht immer die Wahrheit sage. Das hat mir dann die Opposition im Deutschen Bundestag vorgehalten. Ich fand es eher peinlich für die Opposition als ein gutes Argument. Und insofern lebe ich wie alle Christen zwischen Vergebung und Sünde, aber das ist doch völlig klar, daß ich mich sehr stark gebunden fühle durch etwas, was uns als Christen vorgegeben ist. Im übrigen sind die zehn Gebote ja Teil unseres zwischen-

menschlichen Zusammenlebens. Auch Nichtchristen befolgen sie faktisch.

Frage: Heißt das auch, Christentum ist für Sie Verwirklichung der Nächstenliebe in einer Leistungsgesellschaft, die ja, ich darf noch mal grob formulieren, darauf zielt, den Nächsten zu vernichten?

Antwort: Also das halte ich nun wiederum für maßlos übertrieben. Natürlich gehört in jede Zeit, welche Zeit es auch immer gewesen ist, in der Menschheitsgeschichte und auch in jeder Gesellschaftsordnung Leistung mit dazu. Denn nur von Leistung kommen wir weiter. Es steht im Evangelium der Auftrag Jesu Christi, wir sollen uns diese Welt untertan machen. Und dazu ist ja wohl Leistung notwendig. Daß die Leistungsgesellschaft auch ihre unübersteigbaren Grenzen hat, und deswegen Humanität und Liberalität dazu gehört, ist für einen Sozialdemokraten, und hier spreche ich als Politiker, selbstverständlich.

Frage: Hat die genaue Kenntnis der zehn Gebote Einfluß auf ihre politische Tätigkeit?

Antwort: Ja.

Frage: In welcher Form?

Antwort: Ich versuche, soweit es mit gegeben ist, mein Temperament so zu zügeln, daß ich meine politischen Gegner nicht verunglimpfe. Ich versuche, soweit es geht, anständig zu leben. Ich kann für mich in Anspruch nehmen, daß ich mich bisher nicht habe korrumpieren und bestechen lassen. Und ich kann auch für mich in Anspruch nehmen, daß ich in meinem Privatbereich weitgehend das beachte, was hier vorgegeben wird.

Frage: Christentum, christlicher Glaube ist ja nicht nur das Befolgen von Dogmen und Lehrmeinungen, sondern es ist ja auch praktizierend. Herbert Wehner spricht gelegentlich über die Liebe. Er hat sich ja sehr oft zum Christentum geäußert. Welche Rolle spielt die Liebe bei Ihnen? Empfinden Sie auch den politischen Gegner als Bruder, z.B. Strauß, jetzt gerade aktuell in dieser Debatte oder im Wahlkampf?

Antwort: Mich überkommt manchmal eine maßlose Wut, wenn ich ihn höre. Insbesondere in diesen Tagen. Und ich verwünsche ihn manchmal. Das gebe ich zu. Aber am Ende tut er mir eher leid, denn er weiß nicht, was er tut.

Frage: Sie beziehen Ihre Kraft, wie Sie mal gesagt haben, wenn es ganz schlimm wird aus dem Glauben, eben aus dem Zwiegespräch. Sind das Dinge, die Ihnen die Partei und ihr Programm nicht geben können?

Antwort: Eine Partei ist eine sehr kurzfristige Veranstaltung. Sozialdemokraten gibt es seit 140 Jahren. Wir verfolgen Ziele in dieser Welt, die sich zu einem guten Teil decken, mit dem was auch Christen eigentlich tun sollten. Aber es sind zwei völlig unterschiedliche Ebenen. Parteiarbeit und Glauben sind zwei Schichten, die miteinander Berührung haben. Ich könnte eigentlich als evangelischer Christ kaum in einer anderen politischen Partei tätig sein - nach meinem eigenen Selbstverständnis - als ich es bin. Aber die Partei deckt natürlich nicht im entferntesten das ab, was der Glauben mir gibt.

Frage: Eine Forderung der Bergpredigt beherzigen Sie, wenn ich das richtig sehe, nachdrücklich und wie ich auch meine sehr sympathisch. Das ist

"sure Rede sei ja, ja, und nein, nein". Welche anderen zwei bis drei Forderungen der Predigt, dieses christlichen Kernstücks, befolgen Sie noch oder sind für Sie wichtig?

Antwort: Ich bin nicht so sicher, ob wir auf diese Art und Weise berechtigt sind, oder Sie berechtigt sind, von mir hier einen intellektuellen oder geistigen oder spirituellen Striptease zu verlangen. Ich glaube im übrigen auch nicht, daß man das trennen kann. Die Bergpredigt ist eine Einheit, und wir Christen sind aufgefordert, ihr nachzufolgen. Daß wir immer wieder gegen sie verstoßen und dann die Vergebung brauchen, liegt auf der Hand. Erlassen Sie mir bitte nun, hier mich hinzustellen und zu sagen: Ich sei nun ein guter Mensch, und mache dies oder das oder jenes. Dies ist peinlich.

Frage: Das ist ja auch Inhalt der Bergpredigt, die ja sagt, man solle sein Christentum zu Hause praktizieren. Ist für Sie dieses vielleicht auch ein Maßstab, dem Sie folgen?

Antwort: Nicht nur zu Hause praktizieren. Für mich ist Christentum, wenn Sie so wollen, praktisches Gestalten der Welt. Es wäre ja wohl komisch, wenn Christen nur nach dem Jenseits strebten und von dem Reich Gottes erst dann sprechen und erst dann an das Reich Gottes denken, wenn sie selber schon tot sind. Für mich heißt Christentum Verwirklichung des Reiches Gottes auf dieser Erde soweit es geht. Und das ist das, was mich motiviert. Und ich bin ja auch als Christ Sozialdemokrat geworden. Dieses war ja die Reihenfolge und nicht umgekehrt.

Frage: War Christus Genosse oder war er Sozialist?

Antwort: Ich meine, wir sollten nicht versuchen, wie es eine politische Gruppierung in unserem Lande tut, Jesus Christus für sich in Anspruch zu nehmen. Eine steht für mich fest, daß Jesus Christus mit Sicherheit sich nicht dafür ausgesprochen hat, daß die gegenwärtige Gesellschaftsordnung in der Bundesrepublik christlich zu nennen sei. Diese Gesellschaftsordnung hat Riesenvorteile, bietet uns Christen Entfaltungsmöglichkeiten, aber sie stellt an uns Christen auch große Herausforderungen und Anforderungen, sie schrittweise zu verändern. Worauf es dabei ankommt, ist, den Menschen nicht zu vergessen, sondern den Menschen in den Mittelpunkt unserer Betrachtung zu stellen. Und ein zweites: Diese Gesellschaft ändert sich nicht dadurch, daß wir es wollen, sondern vor allem nach meiner Überzeugung dadurch, daß wir Menschen uns ändern. Die Menschen müssen sich ändern, sie brauchen einen neuen Geist. Und diesen Geist oktrozieren wir nicht durch Institutionen. (...)

Frage: Ist Christentum nicht tendenziell intolerant? Daß die Intoleranz der katholischen Kirche stärker ist, als die der protestantischen Kirche, stört Sie das nicht oder wie werden Sie mit dem Widerspruch fertig?

Antwort: Ich meine, jede Gruppierung, ob sie eine politische Partei nehmen, eine Gewerkschaft, eine Kirche, jede Gemeinschaft, die mehr zusammenfaßt, als ein paar Dutzend Leute, hat den Hang zu Intoleranz. Weil natürlich immer die Mehrheit versucht, der Minderheit ihre Meinung aufzudrücken. Und eine Gruppierung braucht ein Mindestmaß an Kohärenz, um zusammenhalten und funktionieren zu können, und insofern gibt es auch in der Kirche Intoleranz. Nur meine ich, wenn wir eins beglückend feststellen können - das kann ich aber nur für meine evangelische Kirche beurteilen - ,dann

ist doch, daß die Erfahrungen des Faschismus deutlich gemacht haben, daß Intoleranz das Ende christlicher Verkündigungen ist. Vielleicht sind wir heute sogar etwas zu tolerant geworden.

Frage: Der Bensberger Kreis hat eine These aufgestellt, daß eine Zusammenarbeit von Christentum und Sozialismus in der Bundesrepublik unmöglich sei. Ist das Ihrer Ansicht nach realistisch?

Antwort: Das ist falsch. Denn es wird vielfältig bewiesen in unserer Republik, daß Christen und Sozialdemokraten nicht nur menschlich gut miteinander auskommen, sondern viele Wege gemeinsam gehen und viele Ziele gemeinsam durchsetzen. Daß am Ende große Streitfragen offenbleiben, wie § 218, meinethalben auch das neue Ehegesetz, liegt auf der Hand, aber ich denke, darüber werden wir ja noch sprechen.

Frage: Tatsächlich gab es in Deutschland ja immer Ansätze zur Zusammenarbeit. Trotzdem behaupte ich, daß das Verhältnis zwischen Ihrer Partei und zumindest zwischen dem katholischen Christentum bis zur Feindseligkeit geht bisweilen.

Antwort: Es gibt zweifelslos, soweit ich es beurteilen kann, in diesen Wochen und Monaten zwischen der katholischen Amtskirche und den Sozialliberalen, ich beziehe da die Liberalen mal mit ein, Spannung. Und Meinungsverschiedenheiten, die stärker sind, als sie früher waren. Aber das ist für mich eigentlich erklärlich aus dem Selbstverständnis der Amtskirche, das ich zumindest als evangelischer Christ nicht teile. Ich sage daher immer wieder meinen Freunden, ich bin Christ und ich nehme für mich andere Lebensgrundsätze in Anspruch als ihr vielleicht für euch. Für mich ist die Ehe etwas anderes als für den einen oder anderen. Sie ist für mich Sakrament. Aber, und das ist auch der Punkt: Als Politiker, als Vertreter von 200.000 Wählern in Hamburg, von denen 0,8 vH am Sonntag in der Kirche sitzen, kann ich mich doch nicht hinstellen und die Meinung der Minderheit, wenn Sie so wollen, zur Staatsüberzeugung machen, sondern ich muß versuchen, einen Kompromiß zwischen den divergierenden Gruppen und den divergierenden Meinungen in unserem Lande politisch zustande zu bringen, der dann tragfähig ist, wo sich die Christen nicht vergewaltigt fühlen, aber auch die Nichtchristen nicht. Und ich glaube dieses Verständnis von Pluralität, aber auch die Akzeptierung der Minderheitenposition von Christentum und Christen heute, die brauchen wir noch auf Seiten der Amtskirche, die es gedeihlich weitergeben kann.

Frage: Habe ich Sie richtig verstanden, daß, wenn ich die Frage gestellt hätte, ob sich die SPD oder die Bischöfe ändern sollten, die Bischöfe sich ändern sollten?

Antwort: Ich weiß nicht, ob wir die Frage so zuspitzen sollten, aber nehmen wir doch das Beispiel § 218. Es hat doch nun keinen Zweck, eine Gesetzgebung nicht machen zu wollen, die so breit verankert und so breit gefordert wird in unserer Bevölkerung, wie das der Fall ist. Und da muß dann doch auch vielleicht christliche Position überdacht werden. Und das, was wir jetzt beschlossen haben, hat doch den Wert des Lebens, den letzten Wert des Lebens erhalten. Sogar gestärkt, früher war es doch viel schlimmer mit der Abtreiberei, dies wird in Zukunft sehr viel besser werden. Ich meine, die Amtskirche muß einfach ihre Positionen in der heutigen Gesellschaft richtig einschätzen, denn wird manches einfacher.

Frage: Wie gesagt, das Verhältnis SPD - Kirche ist immer Wandlungen unterworfen gewesen. Eine Verschärfung ist glaube ich eingetreten, seitdem Sie

an der Macht sind. Hat es damit etwas zu tun, daß Sie jetzt in der Lage sind, Macht auszuüben?

Antwort: Nein, ich glaube nicht, daß das richtig ist. Ich glaube, man muß es wirklich lokalisieren auf einzelne Gesetzgebungswerke, und hier ist, glaube ich, der Punkt, an dem die Debatte sich entfacht hat, und diese Debatte muß ausgetragen werden, der § 218 gewesen. In einem sehr viel geringeren Maße das Ehe- und Familienrecht. Und hier gibt es eben Meinungsverschiedenheiten, die in der Demokratie so ausgetragen werden, daß man die gegenseitigen Positionen nimmt, aber dennoch Mehrheiten akzeptiert.

Frage: Betrachtet man die sozialdemokratischen Grundwerte, also Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität, so scheint mir, daß Freiheit und Solidarität unumstritten sind oder nahezu unumstritten, der Begriff der Gerechtigkeit scheint mir da vor allem zwischen Kirchen und Partei umstritten zu sein.

Antwort: Ich kann das eigentlich nicht akzeptieren, daß Sie es so sagen, es sei denn, Sie bräuchten mit Beweise. Denn wenn irgendetwas christlich ist, dann ist es doch der Begriff der Gerechtigkeit.

Frage: Er beinhaltet natürlich auch die gerechte - oder auch wie man es immer nennen will - Verteilung der Güter. Das scheint mir umstritten zu sein.

Antwort: Ja, aber dann ist das Verständnis von Christentum, das ich habe, NICHT identisch mit dem Verständnis des Christentums, das Sie hier in der Frage vorführen. Denn wenn man sich das Urchristentum ansieht, wenn man sich das Geschehen um den Karfreitag herum ansieht und das, was anschließend folgt - und ich habe das Glück gehabt, vor wenigen Wochen in Israel zu sein und an den Stätten des frühen Christentums -, dann wird doch eigentlich deutlich, daß die ersten christlichen Gemeinden und alles das, was Christentum ausmacht, in den ersten Jahrhunderten eigentlich dieser auch irdischen Gerechtigkeit oberste Priorität gegeben haben. Ich habe eigentlich dort vor Ort für mich zum erstenmal begriffen, wieso Christus, sein Tod, diese weitreichenden Konsequenzen hatte, nämlich deswegen, daß man den Unterprivilegierten gesagt hat: "Gerechtigkeit im Jenseits, aber auch Gerechtigkeit auf dieser Erde." Und Christentum war in den ersten mehreren hundert Jahren das Christentum der Unterprivilegierten. Und es war eine schlimme Verirrung christlicher Organisation, wo auch immer, bei den Protestanten oder bei den Katholiken, daß man sich über viele Jahrhunderte mit den Herrschenden, das heißt, auch mit denjenigen, die die Güter, die Macht in den Händen hatten, zu stark identifiziert hat.

Frage: Hier ist ein konkretes Beispiel: Kardinal Döpfner sieht die Angriffe auf die Soziale Marktwirtschaft auch als Teil einer Gesamttendenz, die beinhaltet auch die Angriffe auf Unternehmerschaft sowohl als auch auf Kirche und den gesamten Freiheitsraum.

Antwort: Ich habe dieses Zitat jetzt von Ihnen zum erstenmal gehört, ich will es deswegen nicht mit der Person Döpfner verbinden, ich will nur zur Sache selbst sagen: Soziale Marktwirtschaft ist für uns Sozialdemokraten und auch für mich als Christ ein wesentliches Element des Erhalts unserer individuellen Bürgerrechte und Bürgerfreiheit. Aber diese Soziale Marktwirtschaft ist nur akzeptabel, wenn das Wort sozial nicht irgendwie ein Attribut ist, das man dazu packt, um die Sache schöner zu machen, sondern wenn man dieses Wort "sozial" ernst nimmt. Und was heißt denn eigentlich sozial? Sozial heißt Solidarität und heißt Erhaltung der Freiheit, aber mit mehr Gerechtigkeit. Und wenn wir dieses mehr Gerechtigkeit wollen, dann müssen wir z.B. darüber nachdenken, ob die ungleiche Verteilung der Vermögenswerte in unserem Lande vernünftig ist. Ob es z.B. vernünftig ist, daß die Kinder von Arbeitnehmern immer noch mehr Schwierigkeiten haben, in die

gutbezahlten Positionen in unserem Lande einzurücken. So könnte ich viele tausend Beispiele liefern, so daß ich meine, diese Art von Schwarzweißmalerei trifft ja wohl nicht das, was Christen wollen, und trifft auch nicht das, was Sozialdemokraten wollen.

Frage: Ich darf noch eine Etage höher gehen. Ich glaube, auch der Begriff vom Menschen scheint mir umstritten zu sein. Die Kirche fordert Selbstverwirklichung des Menschen im Freiheitsraum, daß er sich selbstbestimmen, selbst entscheiden kann, wie er sich entwickeln will. Die Kirche befürchtet, glaube ich, daß von dem Programm der SPD ein kollektivistisches Element ausgeht, das dem Menschen diesen Freiheitsraum nimmt. Hat die SPD zumindest deklamatorisch da zu viel gesündigt?

Antwort: Sehen Sie, wenn wir uns die beiden großen Gruppen in unserem Lande anschauen, ich fange mal mit den Konservativen an, so sind die Konservativen permanent in der Gefahr, die Selbstverwirklichung des Menschen und seinen Freiheitspielraum dadurch einzuengen, daß sie herrschende Machtstrukturen behalten und konservieren wollen. Man kann ja nun wirklich nicht behaupten, daß mein Großvater, der im Hamburger Hafen Hafenerbeiter war und 16 Stunden arbeiten mußte, nicht jeden Tag, aber sehr häufig, um seine Familie auf einem Hinterhof auf St. Pauli zu ernähren, daß dessen Freiheitspielraum und dessen Selbstverwirklichung gegeben war. Das kann man ja nun wirklich nicht behaupten. Und da haben die Sozialdemokraten in ihrer hundertjährigen Geschichte viel getan, um die Selbstverwirklichung der Menschen und den Ausbau der Freiheitsräume größer zu machen. Nun will ich aber auch selbstkritisch und selbstquälerisch an meine eigene Adresse sagen, daß auch Sozialdemokraten aufpassen müssen, daß sie nicht im Überchwang des Reformeifers nun auf der anderen Seite der Barrikade etwas tun, was Freiheitsräume einengt. Und so sage ich immer, und das ist aber auch die Meinung meiner Partei, wir haben nicht das Recht, dem Bürger vorzuschreiben, wie er mit seinem Konsumeinkommen umgeht, ob er sich ein Auto kauft oder karierte Unterhosen, ob er Schokolade ißt oder lieber dafür Karussell fährt, das ist seine persönliche Entscheidung. Seine persönliche Entscheidung, die allerdings - und das ist der Punkt - auch von ihm persönlich gefällt sein muß. Es heißt, die Manipulation des Geistes unter Menschen muß auch reduziert werden. Und Sozialdemokraten müssen auch aufpassen, daß sie nicht im Überchwang ihres Reformeifers zu stark bürokratisieren. Beides hat im übrigen der "Orientierungsrahmen" sehr relativiert und zurückgerückt. Wenn man diesen "Orientierungsrahmen" für die nächsten zehn Jahre in unserer Politik sieht, dann sieht man, daß freiheitliche Sozialisten, Sozialdemokraten erkannt haben, wo ihre Gefahr liegt. Ich hoffe, daß die Konservativen ihre Gefahren auch erkennen, und dann wird das gut weiterlaufen, im Meinungswettbewerb um den Wähler, immer mehr Selbstverwirklichung in unserem Lande zu erreichen.

Frage: Der demokratische Sozialismus fordert ja Kontrolle der Macht. Heißt das auch jeder öffentlichen Macht, heißt das auch Kontrolle der Macht der katholischen Kirche?

Antwort: Also ob die Macht der katholischen Kirche so groß ist, entzieht sich meiner Kenntnis. Die Macht der evangelischen Kirche ist eine Macht durch Ohnmacht. Aber dieses ist eine starke Position. Die Kirche ist über viele 100 Jahre ohnmächtig gewesen und hat dennoch die Weltgeschichte bestimmt. Ich persönlich bin der Meinung, daß, falls es Macht der katholischen Kirche gibt, diese Macht in Ordnung ist, wenn sie nicht mißbraucht wird. Wir werden das ja in den nächsten Monaten sehen. Übrigens gibt es in unserem Lande eine Bewegung zu mehr Freiheit. Unsere jungen Menschen wollen mehr individuelle Freiheit und jeder Machtapparat - und die Sozialdemo-

kratie ist genauso ein Machtapparat, wie die katholische Kirche -, der seine Macht übertrapaziert, wird darunter leiden.

Frage: Es ist eine Tatsache, die SPD ist in den protestantischen Gegenden der Bundesrepublik - also im Norden vor allem - viel stärker vertreten als im katholischen Süden. Wie kommt das, historisch oder soziologisch nach Ihrer Ansicht?

Antwort: Da gibt es eine Vielfalt von Gründen. Aber wenn Sie diese Frage schön so stellen, muß man eine Vorbemerkung machen. Interessant ist doch, daß wir, wenn wir uns so die letzten Wahlergebnisse der letzten Jahre angucken, große Zuwachsraten für die Sozialdemokratie in katholischen, südlichen Arbeitergegenden möglich gewesen sind - nicht immer möglich waren, die bayerischen Wahlen sind da keine Ausnahme -, während wir im protestantischen Bürgertum durchaus verloren haben. Für mich wird damit deutlich, daß es eine Entwicklung gibt, bei der mehr konservativ denkende Bürger unabhängig von ihrer religiösen Ausrichtung CDU wählen - und "C" steht dann auch für konservativ -, während mehr progressiv denkende Arbeitnehmer und Angestellte, kleine Selbständige tendentiell zur SPD neigen. Aber insgesamt haben Sie natürlich Recht: Das Gefälle von Norden nach Süden ist ein historisches, und hier haben die Sozialdemokraten sehr viel Schuld mit, das es dieses Gefälle gibt.

Frage: Politisch haben Sie ja auch viel weniger Schwierigkeiten mit der protestantischen Kirchenhierarchie als der katholischen?

Antwort: Das ist richtig, weil es hier sicherlich auch ein mehr plurales Bild gibt und damit der Ansprechpartner einfacher zu finden ist. (...)

Frage: Sie sind ein Regierender, ein Herrschender, sind Sie dann auch ein Werkzeug von Gott, oder gar wie Luther sagte, sein Henker und Stockmeister?

Antwort: Sicherlich nicht. Wir sind heutzutage sehr viel bescheidener geworden. Wir tun unsere Pflicht, so gut wir es können.

Frage: Halten Sie es für möglich, Gott um die Kraft und Geduld zu bitten, das Menschenmögliche zu tun, uns die nationale Einheit unseres Volkes zu wahren? Ein Zitat von Herbert Wehner.

Antwort: Wenn man es allgemeiner faßt, wenn man sagt, daß ich des Gebets bedarf, um meine Arbeit tun zu können, und der Kraft bedarf und der Stärke bedarf, wenn ich allein bin und wenn ich verzweifelt bin und wenn ich mir Sorgen mache, dann kann ich diese Frage mit ja beantworten. D.h., Gebet und Beziehungen zum lieben Gott sind für mich keine Frage, die ich brauche, um für die deutsche Einheit zu arbeiten, sondern um meine Pflicht zu tun.

Frage: Käme Christus heute auf die Welt, glauben Sie, Sie würden ihn erkennen?

Antwort: Ich glaube nicht.

(-/14.5.1976/bgy/e)